Ausschuss für Wissenschaft und Kultur

(6. Sitzung am 9. April 2018)

Beratungsthemen:

Erster öffentlicher Sitzungsteil

 Chancen und Potenziale der Digitalisierung für Niedersachsen nutzen -Digitalisierungsprofessuren fördern

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/159

Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Prof. Dr. h. c. Wolfgang-Uwe Friedrich, Vorsitzender der LandesHochschulKonferenz Niedersachsen
- Prof. Dr.-Ing. Alexander Schmehmann, Vizepräsident für Studium und Lehre, Hochschule Osnabrück
- Prof. Dr. Andreas Rausch, Institut für Informatik, TU Clausthal
- Prof. Dr. Stephan Schwan, Leibniz-Institut für Wissensmedien Tübingen
- Dipl.-Sozialwirtin Heidemarie Hanekop, Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI), Georg-August-Universität
- Andreas Rösler, Open Source Business Alliance e. V.
- Prof. Barbara Schwarze, Hochschule Osnabrück
- Prof. Dr. Wolfgang Nejdl, Leibniz Universität Hannover, L3S Research Center

Erster vertraulicher Sitzungsteil

 Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Vorgängen um die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz sowie über den Entwurf des dritten Prüfberichts des Landesrechnungshofs

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.

Zweiter öffentlicher Sitzungsteil

 Unterrichtung durch die Landesregierung bezüglich der Zukunft des Göttinger Instituts für Demokratieforschung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Zweiter vertraulicher Sitzungsteil

Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung

hier: Akten der Medizinischen Hochschule Hannover, die das Ministerium für Wissenschaft und Kultur zur Vorbereitung der Unterrichtungen im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur am 18. Dezember 2017 und am 5. Februar 2018 über den aktuellen Kenntnisstand bezüglich der Besetzung der Stelle der ärztlichen Leitung des Claudia von Schilling-Zentrums der Medizinischen Hochschule Hannover herangezogen hat

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung zum Hintergrund der Abholung der Akten zwecks Überprüfung der Vertraulichkeit sowie eine Stellungnahme des GBD dazu entgegen und führte darüber eine Aussprache.